

Postersammlung

zum Lehrforschungsprojekt

Leben in Deutschland:

Politische Akteure und Institutionen

Ferdinand Geißler

Juli 2019

Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2019

Anmerkung: Für den Inhalt der einzelnen Poster und die Richtigkeit der Ergebnisse sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Inhalt

Nie die Eltern so die Kinder? Die intergenerationale Transmission des politischen Partizipationsverhaltens	3
on Marvin Müller, Joanna Czerwinska, Dian Sheng, Hannah Albrecht und Ruth Meißner	3
Weniger Materialismus, mehr Europa? Der Postmaterialismus-Index als Determinante der Einstellu zur EU-Sicherheitskooperation	_
on Nina Bühler, Cem Koch, Onno Söling, Felix Heimburger und Felix Ochtrop	4
Ungehorsam in Zivil - Weapon of the weak? Inwiefern hat Ökonomische Deprivation einen Einfluss o die Teilnahme an Zivilem Ungehorsam?	
on Nora Klingsporn, Anna Bingler, Imke Götting und Anna Steckelberg	5
Kontrollüberzeugung matters - Determinanten der Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation	6
on Rene Janietz, Antonia Skriver, Max Töpfer, Mathis Wittenburg und Or Yosefov	6
Der gut informierte Bürger* - Verstärkt politische Informiertheit den Effekt des Einkommens auf politische Präferenzen?	7
on Andreas Bonfert, Cornelius Erfort, Meena Redöhl, Enes Saydam und Anne Württemberger	7
Bildung als Determinante konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation	8
on Josephine Doepner-Lang, Jana Borchers, Jacob Heise, Anika Nelles und Inken Seib	8

Wie die Eltern so die Kinder?

Die intergenerationale Transmission des politischen Partizipationsverhaltens

Dian Sheng, Hannah Albrecht, Joanna Czerwinska, Marvin Müller, Ruth Meißner

Humboldt-Universität zu Berlin

Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät Institut für Sozialwissenschaften

Wintersemester 2018/2019

Empirische Sozialforschung II Dr. phil. Ferdinand Geißler



Problem und Forschungsfrage

Die Möglichkeit der BürgerInnen politisch zu partizipieren ist ein zentrales Merkmal eines demokratischen politischen Systems. Demokratische Systeme versprechen allen BürgerInnen gleiche Partizipationschancen, doch entspricht dies in keiner Demokratie der Realität. Ein wichtiger Einflussfaktor der politischen Partizipation, der häufig in der politische Partizipationsforschung unterschätzt wird, ist die Familie. An dieser Stelle setzt dieses Forschungsprojekt an: Gilt "Wie die Eltern so die Kinder" auch für die intergenerationale Weitergabe von politischen Partizipationsverhalten in der Bundesrepublik? Dies verweist auf ein schwerwiegendes Repräsentationsproblem: Wenn die Kinder politisch inaktiver Eltern ebenfalls dazu neigen, politisch inaktiv zu werden, setzt sich ein Teufelskreis politischer Ungleichheit in Gang.

Forschungsstand

Obwohl die politische Sozialisationsforschung vor allem die intergenerationale Transmission von Parteipräferenzen sowie politischen Einstellungen untersucht hat, gibt es einige empirische Befunde zur Übertragung des politischen Partizipationsverhaltens, welche allerdings in der Regel nicht die tatsächliche politische Partizipation der Kinder, sondern ihre Partizipationsintention untersucht haben. Dabei finden Coffé und Voorpostel (2011) sowie Dotti Sani und Quaranta (2014) positive Effekte der politischen Partizipation der Eltern auf die ihrer Kinder. Verba (2003) belegt dagegen, den Effekt des sozioökonomische Status der Eltern auf die politische Partizipation ihrer Kinder, welcher für politische Partizipation mit niedrigeren Kosten schwächer als für Partizipationsarten mit höheren Kosten ist.

Theoretische Grundlagen

Nach der Social Learning Theory bekommen Kinder von ihren Eltern beigebracht, was sie zu denken sowie wie sie zu handeln haben und adaptieren bei diesem Sozialisationsprozess die politischen Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster ihrer Eltern.

Im Gegensatz dazu besagt das Civic-Voluntarism-Modell, dass es von den Ressourcen, konkret dem sozioökonomischen Status (SES), abhängt, wer sich politisch beteiligt und wer nicht. Der SES der Eltern wird demnach intergenerational weitergegeben, weshalb er vermittelt über den SES der Kinder einen Einfluss auf ihr politisches Partizipationsverhalten hat.

Forschungsmodell

Dispositionen der

Partizipation

mit den Eltern

Politische Partizipation

der Elterr

Haupthypothese



H1a: +

Kosten Politische **Partizipatior** mit niedrigeren

Politische Partizipation Haa: 4 mit höheren SES der Kinder

> Hypothese 2: CVM-Modell (Ressourcen)

Alternativhypothese

SES

der

Eltern

Höherer Einfluss

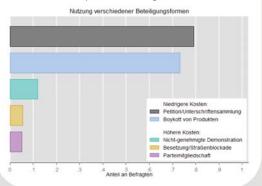
+ Niedrigerer Einfluss

Datenbasis

Die Datengrundlage dieser Studie basiert auf einer computergestützten telefonischen Befragung, welche im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 21.11.2018 bis 15.12.2018 erhoben wurde. Es wurden insgesamt 799 Interviews mit volljährigen, deutschsprachigen und in Deutschland wohnhaften Personen durchgeführt.

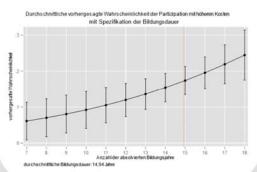
Deskriptive Ergebnisse

Politische Partizipation ist abhängig von ihren Kosten: Während nur eine Minderheit der Befragten Beteiligungsmöglichkeiten mit höheren Kosten nutzt, nutzt die Mehrheit Partizipationsarten mit niedrigeren Kosten.



Multivariate Ergebnisse

Für Partizipation mit niedrigeren Kosten zeigt sich der erwartete Einfluss der Determinanten der Eltern zu politischer Beteiligung nicht. Allerdings konnte ein Einfluss des SES der Kinder in Form ihrer Bildung sowie ihres Einkommens und der Schichtzugehörigkeit des Elternhauses nachgewiesen werden, wobei sich letzterer anders als erwartet negativ auf die Partizipationswahrscheinlichkeit auswirkt. Für politische Partizipation mit höheren Kosten hingegen haben politische Gespräche mit den Eltern einen positiven Effekt und - wie in der Grafik dargestellt - auch die Bildung der Befragten.



Regressionstabelle

Unabhängiga Variablen

Unabhängige Variablen	Politische Partizipation mit niedrigeren Kosten	Politische Partizipation mit höheren Kosten		
Politische Gespräche mit Eltern	Referenz.: tri	fft (eher) nicht zu		
teils/teils	0,813 (-0.487)	2.690** (-1.009)		
trifft (eher) zu	0,717 (-0.658)	2,04 (-0.782)		
Politisches Interesse der Eltern	Referenz.: tri	fft (eher) nicht zu		
teils/teils	2.188 (-1.271)	0.492 (-0.184)		
trifft (eher) nicht zu	2.295 (-1.409)	0,539 (-0,214)		
Politische Partizipation der Eltern	Referenz.: tri	fft (eher) nicht zu		
teils/teils	0,766 (-0,499)	0,489 (-0,27)		
Trifft (eher) nicht zu	0,619 (-0,394)	0,986 (-0,394		
Subjektive Schichtzugehörigkeit		ind untere Mittelschicht		
Mittelschicht	0.384* (-0.499)	0,673 (-0.27)		
Ober- und obere Mittelschicht	0.224* (-0.394)	0,539 (-0.394)		
Höchster Schulabschluss der Eltern	Referenz.: Unter-	Referenz.: Unter- und untere Mittelschicht		
Kein Schulabschluss	0.183* (-0.128)	Keine Beobachtungen		
Realschulabschluss/Mittlere Reife	1,47 (-0.732)	1,437 (-0.523)		
Abitur/Hochschulreife	2,282 (-1.195)	1,499 (-0.623)		
Zentrierter ISEI	1,019 (-0.0136)	1,01 (-0.0108)		
Zentrierte Gesamtbildung	1,047 (-0.0797)	1.164** (-0.0626)		
Monatliches Äquivalenzeinkommen	Referenz.: ur	nter 1.500,00 EUR		
1.500,00 EUR bis unter 2.500,00 EUR	1,209 (-0.518)	0,774 (-0.301)		
2.500,00 EUR bis unter 4.000,00 EUR	3-746* (-2.196)	0,744 (-0.294)		
4.000,00 EUR und mehr	3,523 (3.347)	0,552 (-0.265)		
Konstante	4-965** (-2-772)	0.389* (-0.182)		
Beobachtungen	541	520		
McFadden Pseudo R2	0,216	0,0862		

Robuste T-Werte in Klammern verzeichnet

222 DC0 001 22 DC0 01 2 DC0 05

Anmerkung: Es handelt sich hierbei um eine verkürzte Regressionstabelle, welche für beide abhängigen Variablen jeweils das Endmodell zeigt. In der Analyse wurden zusätzlich zu den Variablen der Regressionstabelle folgende Variablen kontrolliert: Alter, Geschlecht, Erhebungsgebiet und

Unsere Leitfrage "Wie die Eltern so die Kinder?" konnte im engeren Sinne durch unsere Auswertung nicht bestätigt werden, da kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Partizipationsverhalten der Eltern und ihrer Kinder nachgewiesen werden konnte. Während unabhängig der Kosten der Partizipationsart Effekte des sozioökonomischen Status nachgewiesen werden konnten, hatten die Dispositionen der Eltern zu politischer Beteiligung, konkret in Form der politischen Gesprächen mit den Eltern, nur einen Einfluss auf politische Partizipation mit höheren Kosten, Somit liefert diese Analyse sowohl für die Social Learning Theory als auch für das Civic-Voluntarism-Modell eine partielle Bestätigung. In Anbetracht der zentralen Bedeutung der politischen Partizipation für das Funktionieren eines demokratischen, politischen Systems sollte sich nicht nur Politikwissenschaft sondern auch Politik damit beschäftigen, wie Ungleichheiten im politischen Partizipationsverhalten, die wie in dieser Forschungsarbeit gezeigt wurde, bereits in der Familie beginnen, durch andere Institutionen, wie beispielsweise die Schule, ausgeglichen

"WENIGER MATERIALISMUS, MEHR EUROPA?"

Der Postmaterialismus-Index als Determinante der Einstellung zur EU-Sicherheitskooperation

PROBLEM UND FORSCHUNGSFRAGE

Während eine Vielzahl an Politiker*innen und Bürger*innen in den letzten Jahren "mehr Europa" forderte, ließ sich zur gleichen Zeit ein Einzug europakritischer und vermehrt populistischer Parteien in das europäische Parlament und in verschiedene nationale Parlamente beobachten. Verschärft durch zunehmend fremdenfeindliche Diskurse und der von rechts proklamierten Bedrohung durch einen vermeintlichen "islamischen" Terrorismus, rückte in den letzten Jahren insbesondere die Diskussion über die Kooperation der Europäischen Union (EU) in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen in den Fokus.

Welche Determinanten bestimmen die Einstellung zu einer Vertiefung der EU-Sicherheitskooperation? Wird die Einstellung der in Deutschland lebenden Menschen zu einer vertieften Sicherheitskooperation im Rahmen der Europäischen Union durch materielle beziehungsweise postmaterielle Werte bestimmt?



Abhängige Variablen

Kooperation der EU-

VARIABLEN UND HYPOTHESEN

Unabhängige Variablen

Postmaterialismus-Index (nach Inglehart)

Drittvariabler

- Identifikation mit der EU
- Einstellung ggü. Geflüchtete
- Links-Rechts
- Selbsteinstufung
- Einschätzung der weltweite Sicherheitslage

Standarddemographie

(Alter, Geschlecht, Wohnor Bildung, OECD-

Zentrale Hypothesen, basierend auf Ronald F. Inglehart (1977):

H1: Je postmaterialistischer eine Person eingestellt ist, desto niedriger ist die Zustimmung zu einem verstärkten Schutz der gemeinsamen EU-Außengrenzen.

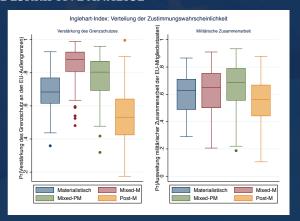
H2: Je postmaterialistischer eine Person eingestellt ist, desto höher ist die Zustimmung zu einer Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten.

DATENGRUNDLAGE UND METHODE

Die zugrundeliegenden Daten wurden im Zeitraum vom 21.11.2018 bis 15.12.2018 in insgesamt 799 standardisierten Telefoninterviews von Studierenden der Humboldt-Universität erhoben. Die Befragten wurden in einem zweistufigen Auswahlverfahren ermittelt (Gabler-Häder-Verfahren und Last-Birthday-Methode), wobei die angestrebte Grundgesamtheit alle wahren Personen über 18 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland umfasst. Es konnte eine Ausschöpfungsquote von 2,42 % erzielt werden. Zudem wurde eine Gewichtung durchgeführt, um soziodemografische Differenzen auszugleichen.

Auf Basis dieser Daten wurden zwei logistische Regressionsmodelle in jeweils fünf Schritten aufgebaut und ausgewertet. Die beiden zentralen abhängigen Variablen "Einstellung zu einer Verstärkung des EU-Grenzschutzes" und "Einstellung zu einer Ausweitung der militärischen Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten" wurden hierbei binär codiert, um so den Einfluss der Werteinstellungen und anderer möglicher Drittvariablen empirisch mithilfe einer logistischen Regression zu überprüfen.

DESKRIPTIVE ANALYSE



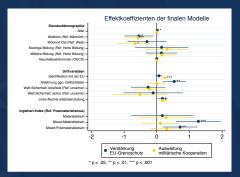
Die Darstellung der Zustimmungswahrscheinlichkeiten deutet darauf hin, dass Materialist*innen einer Verstärkung des EU-Grenzschutzes im Vergleich zu Postmaterialist*innen tendenziell eher zustimmen. Bezüglich der Zustimmung zu einer militärischen Zusammenarbeit kann keine eindeutige Aussage getroffen werden.

Institut für Sozialwissenschaften Kurs: Empirische Sozialforschung II Dozent: Dr. Ferdinand Geißler



Nina Bühler / Cem Koch / Onno Söling / Felix Heimburger / Felix Ochtrop /

ERGEBNISSE UND FAZIT



Insgesamt zeigt sich, dass Werteinstellungen die Zustimmung beziehungsweise die Ablehnung einer Verstärkung des Grenzschutzes der gemeinsamen EU-Außengrenzen beeinflussen. Aufgrund der geringen Anzahl an Materialist*innen im vorliegenden Sample, kann jedoch kein signifikanter Einfluss materialistischer Werteinstellung auf die Einstellung zum EU-Grenzschutz nachgewiesen werden, sodass die Hypothese 1 vorerst verworfen werden muse. Hinsichtlich der Einstellung zu einer Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit zeigt sich kein signifikanter Effekt der Werteinstellungen. Auch Hypothese 2 muss folglich verworfen werden.

Neben den zentralen Ergebnissen im Hinblick auf die Werteinstellung haben insbesondere die Haltung gegenüber Geflüchteten und die Identifikation der Befragten als EU-Bürger*innen einen signifikanten Einfluss. So zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zuzustimmen mit zunehmender Identifikation als EU-Bürger*innen kontinuierlich ansteigt. Außerdem kann empirisch bestätigt werden, dass eine Person, die Geflüchtete überdurchschnittlich stark ablehnt, den Ausbau der europäischen Außengrenzen in deutlich höherem Maße befürwortet.

Insgesamt konnte mit der vorliegenden Forschungsarbeit eine interessante Perspektive auf die Einstellungen zu einer vertieften EU-Sicherheitskooperation aufgezeigt werden, die sich in weiteren Arbeiten auf zusätzliche Politikfelder der EU erweitern lässt. Vor allem in Bezug auf Werteinstellungen ergibt sich ein weiterer Forschungsbedarf, der auch hinsichtlich der aktuellen politischen Entwicklungen außerordentlich relevant erscheint. Auch die Erkenntnisse in Bezug auf eine europäische Identität und die Einstellung gegenüber geflüchteten Menschen stellen wertvolle Erkenntnisse für politische Theorie und Praxis dar.

UNGEHORSAM IN ZIVIL - WEAPON OF THE WEAK?

Inwiefern hat Ökonomische Deprivation einen Einfluss auf die Teilnahme an Zivilem Ungehorsam?

Humbold Universität zu Berli Institut für Sozialwissenschaf Empirische Sozialforschung Dozent: Ferdinand Geißler Erhebungszeitraum: November/ Dezember 2018

– Nora Klingsporn, Anna Bingler, Imke Götting, Anna Steckelberg



PROBLEM UND FORSCHUNGSSTAND

Während bürokratische und an die Elite gerichtete Formen der Partizipation abnehmen, was sinkende Wähler*innenzahlen und Parteimitgliederzahlen bestätigen, nehmen individuell motivierte und Eliten-kritische Formen der Partizipation in postindustriellen Nationen wie Deutschland zu. Dadurch haben sie ein größeres Interesse der Forschung auf sich gezogen. Ziviler Ungehorsam befindet sich als Partizipationsform in einem besonderen Spannungsfeld von Rechtsnormen des Staates und den Gerechtigkeitsempfindungen von Individuen und Gruppen. Sie wurde auf einer politisch theoretischen Ebene bereits divers diskutiert und bleibt in ihrer Legitimität umstritten. Neben einer empirischen Erklärung zivilen Ungehorsams, wird sich auch einer theoretischen Forschungslücke zur Erklärung Zivilen Ungehorsams anhand complexer interagierender Faktoren anstelle monokausaler Erklärungen gewidmet. Es wird daher nicht nur der Einfluss Ökonomischer Deprivation gestestet, sondern der Interaktionseffekt mit Politischer Selbstwirksamkeit fokussiert.



DATEN UND VARIABLEN

Die verwendeten Daten wurden im Rahmen einer deutschlandweiten CATI-Telefonbefragung zum Thema "Politische Akteure und Institutionen" am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin erhoben. Die aufgeführten Hypothesen werden anhand stufenweiser aufeinander aufbauender Modelle logistischer Regressionsanalysen an einer Stichprobe von 649 Fällen geprüft. Die Variable des Zivilen Ungehorsams wurde kategorial anhand der Teilnahme operationalisiert und die zentralen Unabhängigen Variablen bilden die ökonomische Deprivation und die Politische Selbstwirksamkeitseinschätzung. Außerdem wurde der Einfluss der Politischen Links-Rechts-Einschätzung und der Ressourcen Bildung und Mitgliedschaft in Organisationen getestet. Alle Analysen erfolgten unter Kontrolle standarddemografischer Variablen.

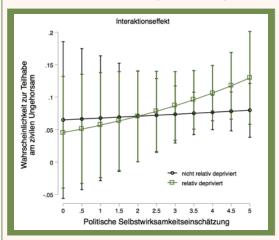
	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV
Ökonomische Deprivation	Modell 1	Modell II	Modell III	Modell 14
Relative Deprivation	0.026	0.033	0.032	0.036
Relative Deprivation	(0.93)	(1.14)	(1.12)	(1.35)
Geschichtetes	(0.93)	(1.14)	(1.12)	(1.55)
Nettoäquivalenzeinkommen				
(Referenz: unterhalb der				
Armutsgefährdungsgrenze)				
annogermanigogrenze)				
Mittleres	0.002	-0.001	-0.011	-0.036
Nettoäquivalenzeinkommen				
1000 000 000 Pt. 1000 000 000 000 000 000 000 000 000 0	(0.03)	(-0.02)	(-0.20)	(-0.54)
Hohes Nettoäquivalenzeinkommen	0.028	0.013	0.014	-0.030
	(0.47)	(0.21)	(0.24)	(-0.45)
Modell kognitiver Mobilisierung			170000	
Internale politische		0.029	0.028	0.015
Selbstwirksamkeitseinschätzung				
		(1.64)	(1.72)	(0.96)
Politische Links-Rechts-			-0.028**	-0.026**
Einschätzung				
			(-3.16)	(-2.98)
Ressourcenmodell				
Bildung (Referenz: hoher				
Bildungsstand)				
Mittlerer Bildungsstand				-0.078*
Mittlefer Bildungsstand				(-2.24)
Niedriger Bildungsstand				-0.089*
Niedriger Bildingsstand				(-1.94)
Mitgliedschaft in einer				0.016
Organisation				0.010
Organisation				(0.61)
Fallzahl	649	649	649	649
Pseudo R ²	0.0875	0.0875	0.0875	0.0875

Regressionstabelle mit Teilnahme an zivilem Ungehorsam als Abhängige Variable. Kontrolle erfolgt auf die Kovariaten Alter, Geschlecht und Sozialisationsgebiet

ANALYSE DER BEFUNDE-INTERAKTION

Bestätigte Hypothese:

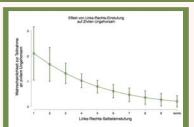
Der Effekt von Politischer Selbstwirksamkeitseinschätzung auf die Teilnahme an Zivilem Ungehorsam wirkt sich für relativ Deprivierte stärker positiv aus, als für nicht Deprivierte.



Interaktionseffekt zeigt, Der dass der Effekt von Politischer Selbstwirksamkeitseinschätzung auf die Teilnahme an Zivilem Ungehorsam systematisch davon abhängt, ob eine Person relativ depriviert ist oder nicht. Relative Deprivation reicht alleine nicht aus, um an Zivilem Ungehorsam teilzunehmen. Erst das Zusammenspiel von Relativer Deprivation und einer hohen politischen Selbstwirksamkeitseinschätzung wirkt sich stark positiv auf die Teilnahme aus







Bestätigte Hypothese: Je weiter links sich eine Person auf der Links-Rechts-Skala einordnet, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an zivilem Ungehorsam dieser Person.

Mit ieder Einheit, mit der sich eine Person auf der Skala weiter rechts einordnet, verringert sich die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Zivilem Ungehorsam durchschnittlich um 2,8 Prozentpunkte. Der Effekt ist signifikant.

Ziviler Ungehorsam als Partizipationstionsform kann

daher dem linken politischen Spektrum zugeordnet werden. Aufgrund des Erstarkens rechter Bewegungen in Europa während der letzten Jahre, sollte zukünftige Forschung jedoch untersuchen, ob das so bleibt.

4B

ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Die Forschungsfrage, inwiefern ökonomische Deprivation einen Einfluss auf die Teilnahme an Zivilem Ungehorsam hat lässt sich also wie folgt beantworten:

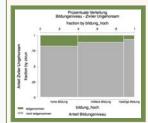
Die Wahrscheinlichkeit für relativ deprivierte Personen an Zivilem Ungehorsam teilzunehmen, wächst mit steigender politischer Selbstwirksamkeitseinschätzung. Dem gegenüber ist der Effekt auf nicht relativ deprivierte Personen nur sehr gering.

Mit der Untersuchung des Interaktionseffekts zwischen Relativer Deprivation und politischer Selbstwirksamkeitseinschätzung analysiert diese Studie eine Forschungslücke und begreift politischen Protest als eine komplexe Interaktion verschiedener politischer, mikro- und makroökonomischer Faktoren. Mit dieser Herangehensweise können Zusammenhänge besser aufgedeckt werden, als in vorheriger monokausaler Forschung.

Hinzukommen Implikationen für weitere Forschung, wie den hier aufgedeckten Zusammenhang politischer Links-Rechts-Einschätzung oder kultureller und sozialer Ressourcen mit Zivilem Ungehorsam. Zudem lassen sich auch praktische Implikationen ableiten. In dieser Forschung zeigt sich die große Bedeutung der politischen Selbstwirksamkeitseinschätzung von deprivierten Personen. Zum Erreichen einer gleichberechtigten politischen Teilhabe im Interesse einer lebhaften Demokratie sollte diese weiter gefördert werden, etwa durch politische Bildung und ähnliche Angebote. Dadurch könnte die Selbstermächtigung gesellschaftlich marginalisierter Gruppen unterstützt werden

Bestätigte Hypothese:

mit einem höheren Bildungsniveau Bei Personen steigt die Wahrschnlichkeit zu Teilnahme an Zivilem Ungehorsam.



Es deutet sich an, dass obwohl Ziviler Ungehorsam eine unkonventionelle Aktionsform außerhalb des bestehenden Rechtsrahmen ist, sie für gebildete, politisch Interessierte ein wichtiges Instrument der politischen Teilnahme darstellt.

KONTROLLÜBERZEUGUNG MATTERS -

Determinanten der Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation

Humboldt-Universität zu Berlin Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät Institut für Sozialwissenschaften Empirische Sozialforschung Wintersemester 2018/19

> Verfasser*innen: Rene Janietz, Antonia Skriver, Max Töpfer, Mathis Wittenburg, Or Yosefov



I. Einführung und Forschungsfrage

- Warum Menschen wählen, warum sich einige Menschen aktiv politisch beteiligen und andere nicht, sind zentrale Fragen sozialwissenschaftlicher Forschung. Ob Menschen sich wiederum politisch beteiligen hängt vermutlich davon ab, ob sie dies überhaupt für wirksam erachten.
- In diesem Forschungsbericht wird die Wirksamkeitseinschätzung der legalen politischen Partizipationsformen Wahlen, Unterschriftensammlungen und Produktboykotte betrachtet und mögliche erklärende Faktoren hierfür untersucht. Dabei wird das psychologische Konzept der Kontrollüberzeugung als zentrale erklärende Variable auf seine Erklärkraft für die Wirksamkeitseinschätzung hin untersucht.
- Forschungsfrage: Welchen Einfluss hat die Kontrollüberzeugung auf die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation?

II. Forschungsstand

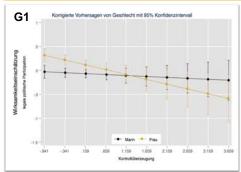
- Als Politische Partizipation lassen sich alle Handlungen verstehen, die Bürger'innen unternehmen, um politische Entscheidungen aktiv zu beeinflussen. Die Kategorisierung dieser sind vielfältig, für diese Arbeit wurde sich auf die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation beschränkt, da diese weitverbreitet und eindeutig ist und Wahlen, alts eine mögliche Form, eine Minimalbedingung für Demokratien darstellen.
- Erklärungsansatz hierfür könnte das Konzept Kontrollüberzeugung darstellen, welche sich von external (fremdbestimmt) bis internal (selbstbestimmt) bewegt. Hier könnte eine hohe internale Kontrollüberzeugung mit einer hohen Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation korrelieren. Außerdem gibt es theoretische Befunde die u.a. Ost-West-Unterschieden, dem sozioökomischen Status und dem Geschlecht einen Einfluss auf die politische Wirksamkeitseinschätzung zusprechen.



III. Methodik

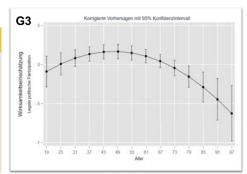
- Die grundlegende Datenbasis ist die telefonisch erhobene Stichprobe im Rahmen des Lehrforschungsprojekts zum Thema "Politische Akteure und Institutionen". Die telefonische Befragung, die unter dem Namen Leben in Deutschland durchgeführt wurde, fand im Zeitraum vom 21.11.2018 bis 15.12.2018 am Lehrbereich für Empirische Sozialforschung der Humboldt-Universität statt. Sie richtet sich an deutschsprachtige Erwachsene mit Wohnsitz in Deutschland, welche die angestrebte Grundgesamtliet bilden. Die Basis für die Befragung bildet ein gemeinsam standardisierter Fragebogen, der eine realisierte Samplegröße von 799 Personen, bei einer Ausschöpfungsquote von 2,47 %. erreicht.
- Mit der Faktorenanalyse wird die Gewichtung der Indikatoren der abhängigen Variable und unabhängigen Variable auf empirische Weise bestimmt. Um die Varianz der abhängigen Variable zu erklären, wurde mittels der Ordinary Least Square – Methode eine Schätzgrade berechnet um ein lineares Regressionsmodell aufzustellen.

IV. Ergebnisse



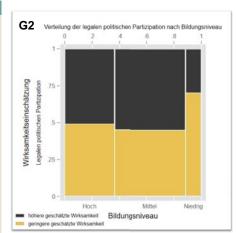
Sozioökonomischer Status - Bildung

- Als Teil des sozioökonomischen Status ist nur der Effekt der niedrigen Bildung hoch signifikant. Demnach schätzen Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, im Gegensatz zu Menschen mit hohem Bildungsniveau, unter Kontrolle der restlichen Drittvariablen, die legale politische Wirksamkeit geringer ein (Grafik 2).
- Das Bundesgebiet hat im ersten Modell einen geringen und nicht signifikanten Effekt auf die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation. Durch Hinzunahme der Bildung im zweiten Modell wird der Effekt etwas erhöht und signifikant. Grund dafür ist anscheinend ein (kleiner) Suppressor-Effekt von Bildung.
- Personen aus den alten Bundesländern und Personen mit hoher Bildung haben jeweilis einen positiven Effekt auf die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation. Da jedoch in dem Datensatz die neuen Bundesländer ein höheres Bildungsniveau aufweisen, wirken die Effekte von hoher Bildung und neuen Bundesländer gegeneinander, weil neue Bundesländer einen negativen Effekt auf die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizination bahen
- Bildung ist somit eine Suppressor-Variable für das Bundesgebiet. Im vorherigen Modell wurde der Einfluss der alten Bundesländer also unterschätzt, weil der unterdrückende Bildungseffekt nicht betrachtet wurde. Durch die Aufdeckung des Suppressor-Effekts wächst der Effekt des Bundesgebietes hier und wird signifikant.



Kontrollüberzeugung

- Die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation bei Frauen* sinkt mit zunehmender internaler Kontrollüberzeugung, während bei Männern* kein Effekt beobachtbar ist.
- Unter Kontrolle der restlichen Effekte schätzen Frauen* mit externaler Kontrollüberzeugung die Wirksamkeit politischer Partizipation eher positiv ein, während Frauen* mit internaler Kontrollüberzeugung legale Partizipationsformen als eher unwirksam einschätzen (Grafik 1).
- Der Effekt ist jedoch nur für Frauen signifikant und auf die Grundgesamtheit übertragbar. Bei Männern* zeigt das Ergebnis zwar auch in die gleiche Richtung, die Effekstärke ist jedoch viel geringer und unterscheidet sich zudem nicht signifikant von dem Effekt von Frauen*.



Quadratischer Alterseffekt

- Die Misspezifikation des Alterseffekts im zweiten Modell wird im finalen Modell durch die Hinzunahme des quadratischen Effekts gelöst. Mit dem hoch signifikanten quadratischen Alterseffekt wird auch der lineare Haupteffekt wieder signifikant und ändert die Richtung, wird also positiv.
- Der positive lineare Haupteffekt des Alters wird an einem Punkt durch einen negativ signifikant quadratischen Effekt abgelöst. Das bedeutet, es liegt ein umgekehrt U-förmiger Effekt vor.
- Der in der Grafik 3 dargestellte quadratische Effekt zeigt, dass die Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation bis zum mittleren Alter von 50 Jahren steigt und in den folgenden Jahren wieder abnimmt.
- Zwischen dem Alter von 25 und 70 Jahren wird politische Partizipation als eher wirksam eingeschätzt, während sie bei Menschen außerhalb dieser Altersgruppe als eher unwirksam eingeschätzt wird.

V. Regressionstabelle

-	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Haupthypothese und Standarddemographie			
Kontrollüberzeugung Zentriert Frauen (LoC)	-0.102* (-2.22)	-0.105* (-2.35)	-0.201** (-3.02)
Männer (Ref.: Frauen)	-0.265*** (-3.70)	-0.262*** (-3.76)	-0.207** (-2.96)
Alter	-0.00387* (-1.99)	-0.00262 (-1.34)	0.0281** (2.75)
Alte Bundesländer (Ref.: Neue Bundesländer)	0.140 (1.68)	0.162* (1.99)	0.148* (1.98)
Sozioökonomischer Status			
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen		0.0000111 (1.60)	0.0000138 (1.90)
Mittlere Bildung (Ref.: Hohe Bildung)		-0.0758 (-1.09)	0.0116 (0.17)
Niedrige Bildung (Ref.: Hohe Bildung)		-0.496*** (-3.71)	-0.400** (-2.97)
Kontrollvariablen			
LoC*Geschlecht (Ref.: Frauen)			0.161 (1.81)
Alter*Alter			-0.000303* (-3.17)
Links (0) - Rechts (10) Selbsteinstufung			-0.0604** (-3.04)
Konstante	0.260 (1.87)	0.247 (1.71)	-0.225 (-0.81)
R ² R ² (korrigiert) Fallzahl	0.053 .0464521 628	0.090 .080043 628	0.130 .1155098 628

Abhängige Variable: Wirksamkeitseinschätzung legale politische Partizipation, zentrale unabhängige Variable: Kontrollüberzeugung, Quelle: Lehrforschungsprojekt, "Politische Akteure und Institutionen" (Geißler 2019), eigene Berechnungen (OL.S-Regression), b-Koeffizienten mit T-Wertei in Klammern, Signifikanzniveaus: "p < 0.05, "P < 0.01, ""p < 0.001

VI. Zusammenfassung und Fazit

- Die Haupthypothese (H1), der angenommene positive Zusammenhang zwischen internaler Kontrollüberzeugung und Wirksamkeitseinschätzung legaler politischer Partizipation kann nicht bestätiewerden. Die drei Regressionsmodelle zeigen signifikant konträre Ergebnisse zur Hypothese. Wenn nur Frauen* betrachtet werden, lässt sich sagen, das Frauen* mit zunehmender internaler Kontrollüberzeugung legale Partizipationsformen als eher unwirksam einschätzen. Dieser signifikante Effekt widerspricht den theoretischen Befunden.
- Kann somit die These abgeleitet werden, dass der politischen Partizipation keine positive Wirksamkeitseinschätzung dieser vorausgehen muss? Dieser Forschungsbericht gibt Anhaltspunkte dafür, dass dies geprüft werden sollte.
- Weitere Ergebnisse sind der signifikante Effekt des Bildungsniveaus (H3), der Suppressor-Effekt von Bildung auf das Bundesgebiet und der quadratische Alterseffekt. Der Effekt des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens hat keinen signifikanten Einfluss auf die geschätzte Wirksamkeit legaler politischer Partizipation (H2). Es ist jedoch anzumerken, dass das Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens die Signifikanz nur leicht verfehlt (0.057).
- Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Konzept der allgemeinen Kontrollüberzeugung in den vorliegenden Ergebnissen also nur für Frauen* von signifikanter Bedeutung ist. Zukünftige Forschung sollte durch ein differenzierteres Konstrukt der Kontrollüberzeugung und ein größeres Sample die Ergebnisse sowohl für Frauen*. als auch für Männer*. prüfen.

Der gut informierte Bürger*

Verstärkt politische Informiertheit den Effekt des Einkommens auf politische Präferenzen?

Kurs: Empirische Sozialforschung II Dozent: Dr. phil. Ferdinand Geißler

Andreas Bonfert, Cornelius Erfort. Meena Redöhl, Enes Saydam, Anne Württemberger



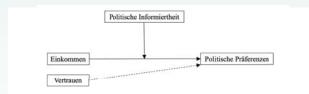
Einleitung und Forschungsfrage

Politisch informierte Bürger*innen bilden die Grundlage jeder Demokratie. Durch die zunehmende Komplexität der Gesellschaft und der politischen Landschaft nimmt der Informationsbedarf der Bürger*innen für überlegte Wahlentscheidungen immer weiter zu. Aber helfen Informationen tatsächlich dabei, die politischen Optionen zu erfassen, zu ordnen und die eigene Lebenssituation damit in Verbindung zu bringen? Dann müsste das politische Verhalten vom Informationsgrad abhängen. Vor diesem Hintergrund wird hier der Einfluss der politischen Informiertheit auf die Präferenzen der Bürger aufgezeigt. Als Ausgangspunkt dienen bewährte Ansätze aus der Rational-Choice-Theorie, die bereits empirische Belege für einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahlentscheidung liefern. Wir gehen davon aus, dass die politische Informiertheit diesem Einkommenseffekt vorgelagert ist und es dem Akteur erst dadurch möglich ist, sich auf ökonomischer Dimension rational zu verhalten. Diese Untersuchung geht demnach der Frage auf den Grund, ob die politische Informiertheit den Effekt des Einkommens auf politische Präferenzen

Forschungsstand

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahlentscheidung wurde bereits durch verschiedene Untersuchungen bestätigt (vgl. Lind und Rohner, 2017). Der aktuelle Forschungsstand liefert Anhaltspunkte dafür, dass die Informiertheit die politischen Präferenzen beeinflusst; jedenfalls ergeben sich Unterschiede bei der Wahlentscheidung (vgl. Gomez und Wilson, 2011; Lind und Rohner, 2017). Die meisten Studien auf diesem Gebiet untersuchen die Situation in den USA. Da in Deutschland aber im Gegensatz zum amerikanischen Zwei-Parteiensystem ein Mehrparteiensystem besteht, können die Ergebnisse hier abweichen.

Theorie und Hypothese



Die Rational-Choice-Theorie geht von einem rationalen Akteur aus, der seinen Nutzen maximiert. Nutzenmaximierung auf der ökonomischen Dimension meint die Maximierung der persönlichen ökonomischen Ressourcen. Das bedeutet, dass Individuen die Vor- und Nachteile politischer Entscheidungen und Maßnahmen hinsichtlich ihrer finanziellen Folgen bewerten.

H1: Je höher das verfügbare Einkommen, desto geringer ist die Befürwortung von Dekommodifizierung durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen.

Um die Bewertung der finanziellen Folgen vornehmen zu können, ist ein gewisses Maß an politischer Informiertheit nötig. Die Theorie geht davon aus, dass das politische Verhalten je nach Informationsgrad variiert. Durch ein besseres Verständnis der politischen Sphäre und gesellschaftlicher Zusammenhänge ist es Individuen möglich, den eigenen Nutzen zu erkennen.

H2: Je höher die politische Informiertheit, desto größer ist der Effekt des verfügbaren Einkommens auf die Einstellung zu wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen.

Es ist ebenfalls möglich, dass ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in politische Institutionen und der Befürwortung von Wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen besteht. Ein rationaler Akteur sollte eher bereit sein, dem Staat Verantwortung zu übertragen, wenn er Vertrauen in eine gewissenhafte Ausübung haben kann

H3: Je geringer das Vertrauen in politische Institutionen, desto niedriger ist die Bereitschaft dem Staat die Verantwortung für soziale Aufgaben zu übertragen.

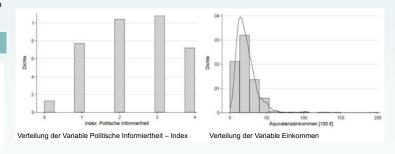
Daten, Variablen und Methode

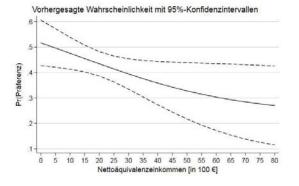
Die verwendeten Daten stammen aus einer CATI-Befragung von volljährigen und in Deutschland wohnhaften Personen, die von Studenten der Humboldt-Universität im November und Dezember 2018 durchgeführt wurde. Eine Zufallsauswahl der Stichprobe wurde durch das verwendete Gabler-Häder-Verfahren und die Last-Birthday-Methode sichergestellt. Die durchgeführte Umfrage umfasst 799 Interviews, von diesen konnten 657 für die vorliegende Analyse verwendet werden.

Die abhängige Variable bildet die politischen Präferenzen. Dafür sollten die Befragten angeben, ob Sie hinsichtlich der Verantwortung für bestimmte soziale Aufgaben, eher den Staat oder private Akteure bevorzugen. Als Beispiele wurden hier die Alters- und Krankenversorgung sowie die Betreuung von Kleinkindern und Pflegebedürftigen genannt. Die zentralen unabhängigen Variablen bilden das Einkommen und die politische Informiertheit. Zur Messung der verfügbaren Einkommens wurden das OECD-Nettoäquivalenzeinkommen verwendet, das berücksichtigt, dass der Bedarf mehrerer Personen nicht einfach dem Vielfachen dessen eines Einpersonenhaushalts entspricht. Die politische Informiertheit wird über einen Index operationalisiert, der durch die Subkategorien politisches Interesse, Medienkonsum und politische Partizipation generiert wird. Drittvariablen sind das Vertrauen, das über das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien operationalisiert wird, und verschiedene standarddemographische Variablen.

Zur Analyse werden hierarchisch aufgebaute logistische Regressionsmodelle geschätzt, die im finalen Modell neben dem zentralen Interaktionseffekt aus Einkommen und politischer Informiertheit auch das Vertrauen in Institutionen, sowie relevante Standarddemographie berücksichtigt.

Grafiken





Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit des Einkommens - Modell 5

Regressionstabelle

- 1000000000000000000000000000000000000	(3)	(4)	(5)
VARIABLEN	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Einkommen [100 €]	-0.0175**	-0.0238	-0.0227
The State of the Control of the Cont	(0.00858)	(0.0649)	(0.0670)
Polititische Informiertleit == /	-0.133	-1.052	-1.006
(Index, Referenz: == 0)	(0.671)	(1.161)	(1.166)
== 2	0.0356	0.0236	0.0379
	(0.645)	(1.107)	(1.116)
== 3	0.0946	0.148	0.145
	(0.659)	(1.110)	(1.119)
== 4	0.257	0.861	0.841
	(0.671)	(1.151)	(1.160)
Polit. Informiertheit * Einkommen	4	0.0481	0.0456
Polit. Inf. == 1		(0.0680)	(0.0699
Polit. Inf. == 2		0.00148	-9.76e-0
		(0.0670)	(0.0690)
Polit. Inf. == 3		-0.000650	-0.0018
NOTE		(0.0666)	(0.0686)
Polit. Inf. == 4		-0.0239	-0.0249
The state of the s		(0.0670)	(0.0689)
Vertrauen in öff. Medien			0.169
(0 = weniger, 1 = mehr)			(0.211)
Konstante	0.692	1.110	1.053
	(1.111)	(1.439)	(1.440)
Beobachtungen	657	657	657
Pseudo-R ²	0.0335	0.0458	0.0469
Alle Modelle enthaltea Kontrollvariablen für		Standardfeh	ler in Klamm

Neue Bundesländer, Geschlecht, Alter,

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Familienstand und Bildung, die hier nicht dargestellt werden.

Ergebnisse und Fazit

Die Hypothese, dass mit steigendem Einkommen die Befürwortung von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen sinkt, konnte durch die Regressionsanalyse bestätigt werde. Das Einkommen weist einen statistisch signifikanten, negativen Effekt auf. Im Gegensatz dazu hat die politische Informiertheit keinen signifikanten Einfluss. Somit wird die Hypothese, dass eine höhere politische Informiertheit zu einem größeren Effekt des Einkommens auf die Befürwortung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen führt, verworfen. Die Variable des Vertrauens sowie verschiedene standarddemographische Variablen sind ebenfalls insignifikant. Ein möglicher Einfluss des Gerechtigkeitsverständnisses. welches nicht untersucht werden konnte, bietet einen Anknüpfungspunkt für weitere

Was bedeutet es nun, dass der Effekt des Einkommens auf die politischen Präferenzen signifikant ist und die politische Informiertheit in dieser Untersuchung keinen Einfluss darauf nimmt? Grundannahme der Untersuchung war es, dass es dem Akteur erst durch die politische Informiertheit möglich ist, sich auf der ökonomischen Dimension rational zu verhalten. Eine mögliche Erklärung, wieso die Befragten trotzdem rationale Entscheidungen entsprechend ihrem Einkommen treffen konnten, ohne dass die politische Informiertheit eine Rolle spielt, liefert Bartels (1996). Er geht davon aus, dass uninformierte Wähler*innen rationale Wahlentscheidungen schätzen, indem sie sich an besser informierten Personen mit ähnlichen sozialen und demographischen Eigenschaften

Auch wenn es sich in dieser Untersuchung nicht gezeigt hat, ist die eigene politische Informiertheit der Bürger*innen wichtig und als Grundlage jeder Demokratie unerlässlich. Wie wichtig es ist, selbst politisch informiert zu sein, um so Wahlentscheidungen gemäß der eigenen Präferenzen treffen zu können (ohne von falschen Tatsachen beeinflusst zu werden), hat zuletzt die Debatte um Fake News bewiesen.

Bartels, L. M. (1996). Uninformed votes: Information effects in presidential elections. American Journal of Political Science, 194-230.

Gomez, B. T., & Wilson, J. M. (2001). Political sophistication and economic voting in the American electorate: A theory of heterogeneous attribution. American Journal of Political Science, 899–914.

Lind, J. T., & Rohner, D. (2011). Knowledge is power: A theory of information, income, and welfare spending.

Bildung als Determinante konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation



Humboldt Universität zu Berlin Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät Institut für Sozialwissenschaften Empirische Sozialforschung II

WiSe 2018/19

Verfasser*innen: Josephine Doepner-Lang, Jana Borchers, Jacob Heise, Anika Nelles, Inken Seib

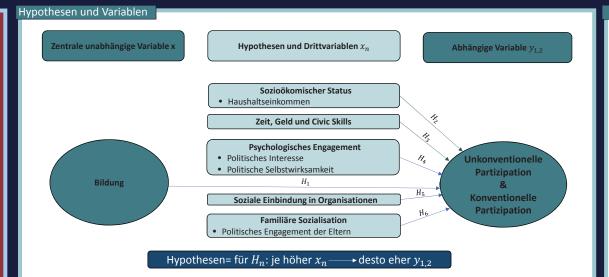
Problem und Forschungsfrage

Trotz der Bildungsexpansion seit den 1950er Jahren gibt es in Deutschland immer noch gravierende Bildungsunterschiede. Dies wirkt sich auf diverse Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens aus: Da Bildung ein zentraler Einflussfaktor dafür ist, ob und wie Menschen sich politisch beteiligen, führt Ungleichheit in den Bildungschancen möglicherweise auch zu Ungleichheit im Partizipationsverhalten.

Die Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen, sind in den letzten Jahrzehnten zunehmend diverser und um neue Formen erweitert worden. Neben der Teilnahme an Wahlen werden vor allem seit dem Ende der 1960er Jahren neue Formen wie die Arbeit in Bürgerinitiativen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Unterzeichnen von Unterschriftenaktionen genutzt.

Hat Bildung auf diese neuen Formen der Beteiligung denselben Effekt wie auf konventionelle? Und sind manche Formen der politischen Beteiligung dadurch stärker sozial verzerrt als andere? Aus diesen Überlegungen ergibt sich die folgende Forschungsfrage:

Wie wirkt sich der formale Bildungsabschluss auf konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation aus?



Datengrundlage und Operationalisierung

Die Datengrundlage entstand durch eine deutschlandweite telefonische Umfrage im Rahmen der Lehrveranstaltung "Empirische Sozialforschung" der Humboldt Universität zu Berlin zum Thema "Politische Akteure und Institutionen". Die angestrebte Grundgesamtheit bilden hierbei alle volljährigen, deutschsprachigen Personen, die in einem Privathaushalt in der Bundesrepublik Deutschland leben. Die Stichprobenziehung erfolgte durch ein zweistufiges Zufallsverfahren (Gabler-Häder-Verfahren und Last-Birthday-Methode). Insgesamt wurden 799 Personen befragt.

Mittels des Verfahrens der logistischen Regression wurden für unkonventionelle politische Partizipation (UPP) und konventionelle politische Partizipation (KPP) jeweils getrennt drei Modelle (Sozioökonomischer Status, Civic Voluntarism, Familiäre Sozialisation) berechnet. Die zentrale unabhängige Variable ist *Bildung*, wobei über Schul- und Berufsbildung gemäß der CASMIN-Klassifikation der formale Bildungsabschluss erfasst wird. Das bereinigte Sample umfasst dabei 627 (UPP-Modell) bzw. 613 (KPP-Modell) Beobachtungen.

Regressionstabellen und Ergebnisse

AV: UPP	Sozioökonomischer	Civic	Familiäre
VARIABLEN	Status	Voluntarism	Sozialisation
Bildung			
(Ref: niedrige Bildung)			
mittlere Bildung	3.187***	3.356***	3.344***
	(1.267)	(1.432)	(1.421)
höhere Bildung	4.671***	4.433***	4.377***
_	(1.843)	(1.891)	(1.858)
Haushaltseinkommen	2.035**	1.698	1.697
	(0.607)	(0.563)	(0.562)
Alter	0.981	0.977*	0.977*
	(0.0118)	(0.0126)	(0.0127)
Politisches Interesse			
(Ref: niedriges Interesse)			
höheres Interesse		5.939***	5.933***
		(2.587)	(2.591)
Selbstwirksamkeit		0.575	0.544
		(0.714)	(0.695)
polit. Engagement Eltern			1.011
			(0.0459)
Beobachtungen	627	627	627
Pseudo-R ²	0.145	0.217	0.217

Exponentierte Koeffizienten (Odds-Ratios); robuste Standardfehler in Klamme *** p<0.01. ** p<0.05. * p<0.1

Die Ergebnistabelle wurde gekürzt: Alle Modelle beinhalten zusätzlich die Kontrollvariablen Geschlecht und Sozialisationsgebiet, das zweite und dritte Modell außerdem die Drittvariablen Arbeitszeit und

AV: KPP	Sozioökonomischer	Civic	Familiäre
VARIABLEN	Status	Voluntarism	Sozialisation
Bildung			
(Ref: niedrige Bildung)			
mittlere Bildung	15.49***	8.459***	8.562***
	(10.90)	(5.832)	(5.824)
höhere Bildung	11.58***	7.935***	8.398***
	(7.613)	(5.730)	(5.971)
Haushaltseinkommen	1.467	0.505	0.497
	(0.678)	(0.268)	(0.268)
Alter	1.089***	1.104***	1.103***
	(0.0234)	(0.0242)	(0.0239)
Politisches Interesse			
(Ref: niedriges Interesse)			
höheres Interesse		2.286	2.355
		(1.491)	(1.523)
Selbstwirksamkeit		25.27**	29.85**
		(38.64)	(49.14)
polit. Engagement Eltern			0.954
			(0.0732)
Beobachtungen	613	613	613
Pseudo-R ²	0.317	0.529	0.530

Exponentierte Koeffizienten (Odds-Ratios); robuste Standardfehler in Klammern ***p < 0.01, **p < 0.05, *p < 0.1

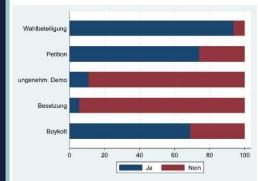
Die Ergebnistabelle wurde gekürzt: Alle Modelle beinhalten zusätzlich die Kontrollvariablen Geschlecht und Sozialisationsgebiet, das zweite und dritte Modell außerdem die Drittvariablen Arbeitszeit und

Forschungsstand

Der Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Partizipation konnte in der Forschung oftmals und für unterschiedliche Formen der Partizipation bestätigt werden. Die "Forschungsgruppe Wahlen" kam bezüglich der Wahlbereitschaft zu folgender Feststellung: "So steigt (..) die generelle Wahlbereitschaft mit der Höhe des formalen Bildungsniveaus kontinuierlich an" (Kornelius/Roth 2004: 35).

Auch in Bezug auf unkonventionelle Formen politischer Partizipation konnte ein solcher Effekt der Bildung festgestellt werden. So machen Becker und Hadjar (2006: 418) vor allem "höher gebildete, jüngere Generationen" als Trägerinnen und Träger unkonventioneller Beteiligungsformen aus.

Deskriptive Auswertung



unterscheiden sich recht stark in ihrer Verteilung. Konventionelle Formen (hier: Wahlbeteiligung) werden noch immer am häufigsten wahrgenommen. Bezüglich der unkonventionellen Formen zeigt sich ein Ungleichgewicht zwischen legalen und illegalen Formen: Weniger als 10% der Befragten haben sich schon einmal an einer Besetzung bzw. einer nicht-genehmigten Demonstration beteiligt. Demgegenüber haben zwischen 60% und 80% der Befragten schon einmal Produkte boykottiert bzw. an einer Petition teilgenommen. Dies spricht dafür, dass hier eine "Normalisierung des Unkonventionellen" (Remer/Bollow 2017: 153) stattgefunden hat und diese Formen der Partizipation als legitime Ergänzungen zu konventionellen Formen verstanden werden.

einzelnen Formen politischer Partizipation

Zusammenfassung und Fazit

Die Hauptannahme, dass Personen mit höherer Bildung eher unkonventionell sowie konventionell partizipieren, kann durch unsere empirischen Ergebnisse bestätigt werden. Unter Kontrolle der Drittvariablen sinkt der Effekt auf konventionelle Partizipation allerdings deutlich stärker als der Effekt auf unkonventionelle Partizipation. Auf unkonventionelle Partizipation hat Bildung demnach vor allem einen direkten Effekt, während bei konventioneller Partizipation auch über die Bildung erworbene weitere Faktoren, wie beispielsweise die politische Selbstwirksamkeit, eine große Rolle spielen. Dies lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass unkonventionelle Formen eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung erfordern, wofür bestimmte kognitive Fähigkeiten erforderlich sind.